

In zwei Wochen beginnen die Praktika

Prorektorat für Studienangelegenheiten und FDJ-Hochschulgruppenleitung erarbeiteten Vorschläge für weitere Gestaltung des Berufspraktikums

Für die Mehrzahl der Fakultäten und Institute unserer Karl-Marx-Universität beginnt das Studienjahr 1959/60 mit einem Berufspraktikum von drei Wochen. Aus den Erfahrungen der bisherigen Berufspraktika erarbeiteten das Prorektorat für Studienangelegenheiten und die FDJ-Hochschulgruppenleitung Vorschläge für die Vorbereitung und Durchführung der kommenden Praktika. Diese Vorschläge, die wir im Wortlaut veröffentlichen, sollen eine Hilfe für die weitere Vorbereitung des diesjährigen Praktikums und zugleich eine Diskussionsgrundlage für Richtlinien der folgenden Praktika sein. Es ist notwendig, in allen Fakultäten und Instituten den Stand der Vorbereitungen an Hand der Hinweise zu überprüfen, um einen guten Ablauf des Praktikums zu gewährleisten.

1. Die sozialistische Umgestaltung der Karl-Marx-Universität ist auch über das Berufspraktikum mit der sozialistischen Entwicklung der Betriebe, Schulen und sonstigen Einrichtungen zu verbinden.

2. Notwendig ist, in der Lehre die Berufspraktika inhaltlich vorzubereiten und auszuwerten.

Die beiden Vorlesungsabschnitte umfassen 30 Wochen. Dazu kommen zwei Praktika von insgesamt acht Wochen (drei Wochen zu Beginn des Herbstsemesters und fünf Wochen im Frühjahrsemester). Zusammenhängende Berufspraktika von längerer Dauer stellen den Übergang zum kombinierten

ten Direkt- und Abend- bzw. Fernstudium dar. Einigen Instituten ist ein zusammenhängendes Praktikum von acht Wochen zu gewähren.

3. Es geht um die planmäßige, enge Verbindung des theoretisch-praktischen Studiums in Hörsaal und Übungsraum mit der sozialistischen Praxis. Ihre beziehungslose Aneinanderreihung ist zu überwinden.

4. Die Entwicklung eines Systems von Praktikumsaufgaben für die Studenten ist erforderlich. Von Studienjahr zu Studienjahr müssen die festumrissenen Praktikumsaufträge steigende Anforderungen aufweisen.

5. In den Berufspraktika sollen die Studenten vor allem ihre theoretischen fachlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Kenntnisse in der sozialistischen Praxis in wachsendem Maße selbständig anwenden, zugleich aber auch durch die Praxis gestützte Erfahrungen sammeln, die später theoretisch verallgemeinert werden. Die den Studienzielen untergeordneten Ausbildungs- und Erziehungsaufgaben sollen möglichst mit produktiver gesellschaftlich nützlicher Arbeit verbunden sein. Der Einsatz in der sozialistischen Praxis ist schwerpunktmäßig auf das Neue zu orientieren, das die sozialistische Entwicklung charakterisiert. Er muß für die Bildung sozialistischer Arbeitskollektive genutzt werden.

6. Die Studienberatung und -werbung für die Nachwuchskräfte ist eine wichtige Aufgabe, die von allen am Praktikum teilnehmenden Angehörigen des Lehrkörpers, Assistenten und Studenten zu lösen ist.

7. Die Berufspraktika in den ersten Studienjahren sollen auch der Fortführung der polytechnischen Ausbildung der Studenten, also der Schaffung des geschlossenen polytechnischen Gesichtskreises, der Vermittlung von Kenntnissen über die Hauptprinzipien der sozialistischen Produktion und der Entwicklung polytechnischer Fertigkeiten, dienen.

8. Auf den besonderen Wert komplexer Praktika, der in der gemeinsamen Arbeit verschiedener Fachrichtungen, in der Zusammenfassung verschiedener Ausbildungsaufgaben und Erziehungsaufgaben, aber auch in der Zusammenarbeit von Studenten verschiedener Studienjahre besteht, wird verwiesen.

9. Die Vorbereitung der Praktika sollte rechtzeitig in Zusammenarbeit mit den Kommissionen für wissenschaftlich-technischen Nachwuchs der Praktikumsbetriebe, -schulen und -einrichtungen an Ort und Stelle erfolgen. Ihr Ergebnis ist der Praktikumsplan, der auf überschaubar und kontrollierbare Abschnitte aufzuschlüsseln ist. Die konkreten Verbandsaufträge der FDJ sind organisch einzugliedern. Es sind größere Gruppen von Studenten in den Betrieben zu konzentrieren. Zur Vorbereitung und Auswertung des Praktikums und zur Organisation und Leitung der Ausbildung sind mit den Betrieben Patenschaftsverträge abzuschließen.

10. Die am Praktikum teilnehmenden Studenten sind, wenn irgend möglich, auf bestimmte Bereiche oder Objekte der sozialistischen Praxis, besonders auf die von der Karl-Marx-Universität betreuten Objekte, zu konzentrieren, um ihre unmittelbare und kontinuierliche Betreuung durch Lehrkörper und Assistenten zu sichern.

11. Erst wenn die sorgfältig ausgewählten Betriebe, Schulen und sonstigen Einrichtungen, die für die Ausbildung und Erziehung der Studenten in demselben Maße verantwortlich sind wie die Institute, gründlich auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden, können sie maximal wirksam werden.

12. Es sind komplexe Aufgaben zu stellen, die notwendigerweise von Studententeams zu lösen sind. Die Eingliederung der Studenten in Arbeitsbrigaden und FDJ-Gruppen wird empfohlen. Die auch im Betrieb usw. erforderlichen theoretischen Unterweisungen müssen im Anschluß an die praktische Arbeit der Studenten erfolgen.

13. Die Berufspraktika sollen in starkem Maße Ausgangspunkt für Semester-, Jahres- oder Examensarbeiten werden, die erst dann von gesellschaftlich hohem Nutzen sein können. Dazu müssen den Studenten Betriebe zugewiesen werden, die zur Anfertigung solcher Arbeiten besonders geeignet sind.

14. Die bei der Auswertung der Praktika von jedem Studenten im Betrieb und am Institut erarbeitete Einschätzung muß neben den Studienleistungen zur Gesamtbeurteilung des Studenten gleichwertig herangezogen werden.

Er wirkte an unserer Universität:

GEORG SACKE

Ein hervorragender Wissenschaftler und Kämpfer gegen den Faschismus



Wenn wir anlässlich der 550-Jahr-Feier unserer Universität zurückblicken auf ihre fortschrittlichen, revolutionären Traditionen, möchten wir eines Mannes gedenken, der als Wissenschaftler an der Seite der Arbeiterklasse gegen den Faschismus gekämpft hat und von der SS ermordet wurde — Georg Sacke.

Im Jahre 1901 als Sohn eines Gymnasiallehrers in Kischinow geboren, wandte sich Georg Sacke infolge der Okkupation Bessarabiens durch rumänische Interventionstruppen und des darauf einsetzenden weißen Terrors nach Deutschland und begann im Wintersemester 1921/22 sein Studium in Leipzig. Bei einer außerordentlichen Breite seines wissenschaftlichen Interesses bevorzugte er zunächst volkswirtschaftliche Vorlesungen, später wurde Geschichte sein Hauptfach. Hier fesselte ihn vor allem die russische Geschichte in Verbindung mit Slawistik, 1928 promoviert gehörte Georg Sacke dem Arbeitskreis von Prof. Dr. Braun, dem Leiter der osteuropäischen Abteilung des Instituts für Kultur- und Universalgeschichte an, wo er auch Assistent geworden war.

Im Rahmen der bürgerlichen deutschen Geschichtswissenschaft spielte dieser Arbeitskreis eine progressive Rolle. Prof. Braun hatte sich in den zwanziger Jahren u. a. durch Übersetzungen, die Herausgabe einer mehrbändigen Bibliographie im Auftrage des sowjetischen Volkskommissariats für Bildungswesen sowie als Mitarbeiter Maxim Gorkis an einer Zeitschrift um die deutsch-sowjetischen Kulturbeziehungen verdient gemacht. Er war 1926 korrespondierendes Mitglied der Leningrader Akademie der Wissenschaften geworden. Die intensive Beschäftigung mit der sowjetischen Forschung war von nachhaltigem Einfluß auf Georg Sackes eigene wissenschaftliche Entwicklung. Durch sie überwand er in seinen späteren Untersuchungen über den russischen Absolutismus im 18. Jahrhundert die idealistische Konzeption, die noch seiner Dissertation über die Geschichtsphilosophie Solowjews zur Grundlage gelegen hatte und fand den Weg zum historischen Materialismus.

Schon als Student war Georg Sacke mit der Arbeiterklasse in Berührung gekommen, als er sich durch körperliche Arbeit das Geld für sein Studium verdienen mußte. Jahrelang war er Heizer im heutigen Georg-Sacke-Helm, während eines Studienaufenthaltes in Prag arbeitete er zugleich als Bauhilfsarbeiter. Bereits 1923/24 beteiligte er sich an der Arbeiterbildung, indem er damals an der Arbeiterlosen-Schule Russisch-Kurse abhielt. Und seit 1926 findet sich sein Name fast regelmäßig in den Lehrplänen der Volkshochschule mit Vorlesungen über die ersten sowjetischen Fünfjahrespläne. Angesichts der Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Staaten war dieses Thema für die Arbeiter Leipzigs von großer Aktualität. Welches Interesse sie seiner Schilderung des Aufbaus einer krisenfreien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im ersten sozialistischen Land der Welt entgegenbrachten, zeigt schon die Tatsache, daß sie zu den meistbesuchten Vorlesungen der Volkshochschule zählten und in einem der größten Hörsäle des Hauptgebäudes der Universität stattfanden. Während besonders in den gesellschaftswissenschaftlichen Lehrveranstaltungen reformistische Anschauungen vertreten wurden, hatte sich mit dem verstärkten Zustrom klassenbewußter Arbeiter und mit der Hetzkampagne, die die Leipziger Bourgeoisie seit 1931 gegen den roten Bildungsbetrieb eröffnete, eine Linke herausgebildet, der unter den Dozenten der Volkshochschule u. a. die Kunstmaler Alfred Frank und Walter Münze, sowie Dr. Sacke und Dr. Schaller angehörten.

Ende 1932 hatte sich Georg Sacke für osteuropäische Geschichte habilitiert und war damit Privatdozent geworden. Aber schon hatten die Nazis beträchtliche Positionen an der Universität gewinnen können. Nur wenige Mitglieder des Lehrkörpers traten ihnen entgegen. Denn infolge des bürgerlichen Charakters der Universität besaß nur ein kleiner Teil von Studenten und Dozenten Verbindung zum revolutionären Proletariat als Voraussetzung für einen ent-

schiedenen Kampf gegen die faschistische Gefahr. Als z. B. im November 1932 der Nationalökonom Prof. Dr. Keßler bürgerliche Kreise der Stadt in Presseartikeln vor dem Faschismus warnte, konnten ihn Horden brauner Studenten mit offener Unterstützung des Rektors zwingen, seine Vorlesungen abzubrechen. Das Studium der Sozialwissenschaft und der Werke Lenins seine vom Geist der Freundschaft zur Sowjetunion durchdrungenen Vorlesungen und Diskussionen mit Arbeitern an der Volkshochschule hatten Georg Sacke zu einem konsequenten Gegner des Faschismus werden lassen.

Als sich die braune Nacht über Deutschland senkte, war er unter den ersten, die an der Universität die Entlassung erhielten — da ihre marxistische Auffassung historischer Probleme und ihre positive Einstellung zur Sowjetunion ihre weitere Mitarbeit am Institut unzulässig erscheinen ließ, wie es in dem vom faschistischen Ausschuß zur „Erneuerung der Hochschule“ inspirierten Schreiben vom 1. April 1933 heißt. Gleichzeitig wurde die Volkshochschule, deren Tätigkeit schon seit Mitte März gewaltsam unterdrückt worden war, aufgelöst. Wenig später wurden namhafte antifaschistische bürgerliche Gelehrte entlassen und verfolgt. Prof. Keßler wurde verhaftet, Prof. Dr. Friedmann vom Romanischen Institut mußte emigrieren — er fand später, bei der Okkupation Frankreichs verhaftet, im faschistischen Kerker den Tod — der Historiker Prof. Dr. Hellmann wurde im KZ Theresienstadt ermordet.

Schon vorher hatte sich der Kreis der aktivsten Hörer Georg Sackes an der Volkshochschule in eine etwa zehnköpfige illegale Gruppe verwandelt, die mit einer ähnlichen Gruppe um Alfred Frank in Verbindung stand. Ihr gehörten u. a. die Genossen der KPD Herbert Günther, Rudi Barth, Arthur Löbner und Walter Zimmermann an — alle Arbeiter in Leipziger Betrieben. Eine wichtige Aufgabe sah die Gruppe in der Unterstützung von Optern des Nazi-Terrors. Im September 1934 kam es dabei u. a. zu einer Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen Dr. Hermann Reinmuth und Dr. Maria Grollmuth, die beide gleichfalls während der zwanziger Jahre in Leipzig studiert hatten. Durch Geldspenden wurden die Familien Leipziger Genossen unterstützt, die kurz vorher als Funktionäre der illegalen Parteiorganisation der KPD verhaftet worden waren. Ebenso wurde die Solidaritätsaktion auf antifaschistische Studenten ausgedehnt. Hermann Reinmuth hatte schon vorher für weitreichende Hilfemaßnahmen von Lüneburg aus Beziehungen nach Hamburg, Berlin, Prag und Dresden aufgenommen, als er wie auch Maria Grollmuth im November 1934 verhaftet wurde.

In den ersten Dezembertagen folgte die Verhaftung der Schwester Hermann Reinmuths, einer Medizinstudentin, und Georg Sackes. Erst nach fast einjähriger Haft im KZ Sachsenburg entschlossen sich die Nazis zum Prozeß. Trotz Anwendung barbarischer Mittel war es der Gestapo nicht gelungen, die Leipziger Widerstandsgruppe aufzudecken. Das Urteil lautete für ihn und Clementine Reinmuth auf Freispruch „mangelnde Beweise“. Gegen Hermann Reinmuth richtete sich der ganze Haß der faschistischen Justiz, da er vor seiner Verhaftung bei einer Neuverurteilung der Beamten den Eid auf Hitler verweigert hatte. Der „Volksgerichtshof“ verhängte über ihn sieben, über Maria Grollmuth sechs Jahre Zuchthaus. Beide Kämpfer für das Menschenrecht wurden 1942 bzw. 1944 im KZ ermordet.

Trotz des Freispruchs wurde Georg Sacke noch bis zum Jahresende festgehalten und dann unter Polizeiaufsicht gestellt. Die deutsche Staatsangehörigkeit war ihm schon während der Haft aberkannt worden. Aber umgebaut nahm Georg Sacke die illegale Arbeit wieder auf.

Die KPD, die führende Kraft der Widerstandsbewegung, wies in den Beschlüssen der Konferenzen von Brüsel und Bern mit der Aufgabe: Bildung der Aktionsfront der Arbeiterklasse und Zusammenschluß aller Hitlergegner zur Volksfront den Weg zum Sturz des Faschismus. Auch die Leipziger Widerstandsgruppe um Georg Sacke konnte sich erweitern. Wolfgang und Dr. Hildegard Heinze, die Aerztin Dr. Margarete Blanck, Lenka von Koerber — die schon vor 1933 eine begeisterte Sprecherin für die Freundschaft zur Sowjetunion gewesen war — schlossen sich an. Als Historiker und infolge seiner Kenntnis des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion war Georg Sackes Mitarbeit bei der Analyse der politischen Situation und der Aufgabenstellung für die antifaschistische Agitation besonders wertvoll.

Die Uebersiedlung Georg Sackes und seiner Frau nach Hamburg im Herbst 1940 bedeutete für die Leipziger Antifaschisten eine neue, weit über Leipzig hinausführende Verbindung. Denn beide schlossen sich dort einer Widerstandsgruppe an — in der sich u. a. der Genosse Hans Keßler — er war als Student in Leipzig im Arbeitskreis von Prof.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Sozialistische Gemeinschaftsarbeit ist mehr als Kooperation

(Fortsetzung von Seite 1)

der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit nicht völlig geklärt sind, können sie demzufolge in den meisten Fällen kaum irgendwelche praktische Hilfe leisten.

Um aber zu vermeiden, daß an die Stelle gründlicher Aussprachen über den Sinn sozialistischer Kollektive und die Verwirklichung der daraus gewonnenen Erkenntnisse in der Arbeit der sozialistischen Gemeinschaften eine nur organisatorische Betriebsamkeit tritt, wie das z. B. an der Wifa zu beobachten ist, wenn wir weiterhin eine sinnvolle Einbeziehung von Studenten und der technischen Kräfte in die Arbeit der sozialistischen Gemeinschaften erreichen wollen und wenn wir die vielen gute Pläne und Ideen konsequenter verwirklichen wollen, gilt es — ausgehend von einer realistischen Klärung der Fragen — den Leistungen — in den bestehenden Gemeinschaften und unter allen Wissenschaftlern den Inhalt des neuen Arbeitsplans von seiner prinzipiellen Seite her zu erläutern. Die Leistungen müssen auch in dieser Frage eine Wende zur konkreten Arbeit vollziehen und endlich dazu übergehen, unmittelbare Anleitung und Hilfe zu geben.

Kurz berichtet

Das Bungalow-Dorf für das Kinderferienlager in Bad Saarow wurde in 97 Tagen erbaut. Daran waren insgesamt 88 Arbeiter und Angestellte sowie 48 Studenten beteiligt. Außerdem waren 77 Kollegen im Wochenendensatz zur Arbeit in Bad Saarow, 3900 Stunden wurden im NAW geleistet u. a. von den Kollegen Kreckel 190, Karier 125, Bernat 75 und Friedemann 70 Stunden.

Die Bedeutung der chemischen Industrie für die Volkswirtschaft der DDR ist das Thema von Heft 8 der Universitätsreden. Es enthält einen Vortrag von Prof. Dr. Wolfgang Schirmer, Werkdirektor im VEB Leuna-Werk „Walter Ulbricht“ im Institut für Organische Chemie der Karl-Marx-Universität.

Den Entschließungsentwurf zum V. FDGB-Kongreß in allen Gewerkschaftsgruppen diskutieren!

Die 37. Tagung des Bundesvorstandes verabschiedete den Entschließungsentwurf zum V. FDGB-Kongreß und rief die gesamte Mitgliedschaft auf, diese wichtige, die Gewerkschaftsarbeit der nächsten Jahre bestimmende Dokument sehr gründlich zu diskutieren, Vorschläge zu erarbeiten und sofort Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit zu beschließen.

Wir wollen diese Diskussion verbinden mit der Festlegung konkreter Maßnahmen zur Lösung der Hauptaufgaben, die wir uns im Rahmen der 550-Jahr-Feier der Karl-Marx-Universität stellen, also insbesondere zur Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und des Wettbewerbes, für den Kampf um erhöhte Leistungen und für die Entwicklung des neuen sozialistischen Menschen. Wir müssen in diesem Zusammenhang eine wesentliche Aktivierung und Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit erreichen. Dabei spielt die regelmäßige Durchführung gewerkschaftlicher Arbeitsberatungen und die Durchsetzung der dort gefaßten Beschlüsse eine sehr große Rolle. Leider haben nur einige FGL diesen

wichtigen Punkt in ihr Wettbewerbsprogramm aufgenommen. (Die ABF, das Institut für Ausländereinstudium und die Mensa haben sich bisher unserem großen Wettbewerb überhaupt noch nicht angeschlossen.) Damit die regelmäßige Durchführung gewerkschaftlicher Arbeitsberatungen und die Durchsetzung ihrer Beschlüsse einen festen Platz im Leben unserer Universität erhalten, beschloß die UGL, die hierin besten Gewerkschaftsgruppen jeweils am Semesterende auszuzeichnen.

Berichtet über die Diskussionen in den Gewerkschaftsgruppen und über die festgelegten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit an die UGL und veröffentlichen eure Vorschläge und Maßnahmen in der UZ, damit sich auch unsere Gewerkschaftsorganisation der Bewegung zur Vorbereitung des V. Bundeskongresses anschließt, die unter dem Motto steht: „Für des Volkes Frieden, Wohlstand, Glück, denken wir den Tisch der Republik!“

Prof. Dr. H. Wolf,
Vorsitzender der UGL

Die Festschrift zum Jubiläum unserer Universität

Zum 550. Jubiläum unserer Universität unterbreiten Rektor und Senat der Öffentlichkeit eine Festschrift, in deren Mittelpunkt die Entwicklung der Universität von ihrer Wiedereröffnung im Februar 1946 bis zum Jubiläumsjahr steht. Eine solche Konzentration auf die Probleme der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart in der Festschrift ergibt sich nicht vorrangig aus der Erwägung, daß zum Universitätsjubiläum außer der Festschrift noch ein Sammelband mit Beiträgen zur politischen und Wissenschaftsgeschichte der Universität Leipzig erscheint. Sie erklärt sich vielmehr daraus, daß es in der Geschichte dieser Universität noch nie eine so tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, eine so umfassende und planvolle staatliche Förderung und einen so großen Aufschwung in der Forschung, Lehre und Erziehung gab, wie in den vergangenen dreizehn Jahren. Ebenfalls zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte war der Universität eine solche Entwicklungsmöglichkeit gegeben, wie sie im Perspektivplan bis 1965 ihren Ausdruck findet.

(Universitätszeitung, 24. 8. 1959, Seite 2)

Die Festschrift wird mit einem Grußwort unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und einem Beitrag des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen, Dr. Wilhelm Girnus, über die Grundlagen unseres sozialistischen Hochschulwesens eingeleitet. Es schließen sich ein Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig und ein Artikel des Rektors unserer Universität, Prof. Dr. Georg Mayer, an, in dem neben einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der Universität der Kampf der demokratischen Kräfte unter Führung der Partei der Arbeiterklasse um die Demokratisierung der Universität und um ihre weitere Umgestaltung zur sozialistischen Universität sowie ihre vielfältigen internationalen Beziehungen gewürdigt werden.

Genosse Wolfgang Heinke, der viele Jahre als Erster Sekretär der Universitäts-Parteileitung arbeitete, befaßt sich in seinem Beitrag mit der Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins an der Universität, während Verwaltungsdirektor Jussek über die uneigennützig geistige und materielle Hilfe unserer sowjetischen Freunde beim Neuaufbau und bei der Demokratisierung der Universität Leipzig berichtet.

Den Hauptteil der Festschrift bilden die Darlegungen der Dekane der Fakultäten, der Institutsdirektoren und anderer führender Wissenschaftler über die gesellschaftliche und wissenschaftliche Entwicklung ihrer Fakultäten, Institute und Fachrichtungen seit der Wiedereröffnung der Universität. Selbstverständlich nehmen auch hier die Probleme der weiteren sozialistischen Umgestaltung, vor allem die Probleme der engeren Verbindung von Theorie und sozialistischer Praxis einen besonderen Platz ein.

Mit grundsätzlichen Fragen wie dem gesellschaftlichen Grundstudium, der staatlichen Förderung der Forschungsarbeit, der Ausbildung und Perspektive des wissenschaftlichen Nachwuchses, mit der Erziehung der Studierenden zu hochqualifizierten sozialistischen Fachkräften u. a. m. befassen sich die zuständigen Prorektoren und andere verantwortliche Hochschullehrer in ihren Beiträgen.

Aufschlußreiches Zahlenmaterial und viele Bilder, besonders über den Wiederaufbau ehemals zerstörter Institute und Kliniken, ergänzen die Ausführungen der Autoren über die tiefgreifenden Umwälzungen